

Unser Land trauert und ist wütend.

[Gemeinsame Erklärung, Unterschriften am Ende des Textes]



Mittwoch, den 5. Juli 2023

Unser Land trauert und ist wütend. Der Mord an Nahel, der in Nanterre von einem Polizisten aus nächster Nähe erschossen wurde, hat die Auswirkungen einer jahrzehntelangen diskriminierenden und sicherheitsorientierten Staatspolitik offengelegt, die vor allem auf die Arbeiterviertel und die dort aufwachsende Jugend und insbesondere auf rassistierte und prekarierte Menschen abzielt. Die Eskalation der Gewalt ist eine Sackgasse und muss beendet werden. Das vorwiegend repressive Konzept der Polizei und die Gesetzesänderung von 2017 zum Gebrauch von Dienstwaffen verschärfen die von der Bevölkerung erlebten und erlittenen Diskriminierungen oder rassistischer Praktiken.

Die Spannungen zwischen der Bevölkerung und der Polizei haben einen langen Vorlauf und sind Teil einer Geschichte, die von Ungerechtigkeiten, Vorurteilen, Gewalt, Diskriminierung, Sexismus usw. und einem systemischen Rassismus geprägt ist, der die gesamte Gesellschaft durchzieht und noch immer nicht überwunden ist.

Die Bewohner der betroffenen Viertel und insbesondere die Frauen müssen die Mängel im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen oftmals allein ausgleichen. Der Zerfall der öffentlichen Dienstleistungen wie Schulen, Kultur- und Sportstätten, Postämter, Behörden usw. und der Rückgang der staatlichen Unterstützung für das Vereinsleben haben wesentlich dazu beigetragen, dass diese Viertel und ganze Landstriche, insbesondere in den Überseegebieten, an den Rand gedrängt wurden.

Die Vernachlässigung dieser Bevölkerungsgruppen in den Stadtvierteln wird durch den wirtschaftlichen Kontext der Verarmung, der Inflation, der steigenden Mieten, der höheren Energiepreise und der Reform der Arbeitslosenversicherung noch verschärft. Soziale Ungleichheit trifft vor allem Kinder und alleinerziehende Mütter. Das zeigen die Aufstände, die seit einigen Tagen als Reaktion auf die Tragödie in Nanterre die Arbeiterviertel erschüttern.

Zusätzlich zu den jahrzehntelangen Fehlentwicklungen einer Politik der Ordnungssicherung, der Sicherheitsgesetze (Gesetz über die allgemeine Sicherheit, Separatismusgesetz...) und Ausnahmemassnahmen erleben wir seit einigen Tagen den Druck der Regierung zur Einführung einer Schnelljustiz. Die Verhängung von systematischer Untersuchungshaft mit immer höheren Strafen ist nicht hinnehmbar!

Das Gebot der Stunde ist nicht die Repression, die nur die extreme Rechte stärken und die Grund- und Freiheitsrechte ein weiteres Mal zurückdrängen wird.

Eine dauerhafte Beruhigung der Lage ist nur möglich, wenn die Regierung die notwendigen Maßnahmen ergreift, um der Dringlichkeit der Situation und den Erwartungen der betroffenen Bevölkerung gerecht zu werden.

Die Vereinten Nationen haben wiederholt die Sicherheitspolitik und die institutionellen Probleme des Rassismus in Frankreich, insbesondere bei den Ordnungskräften, kritisiert.

Die Diskriminierung ist ein starkes Gift, das die Idee der Gleichheit unglaubwürdig macht und Verzweiflung auslöst.

Die extreme Rechte nutzt dies für ihre Zwecke, um die Gesellschaft immer weiter zu spalten.

Wir verurteilen den Aufruf zum Bürgerkrieg gegen die Arbeiterviertel, wir verurteilen, dass Polizeigewerkschaften Personen aus diesen Vierteln als "Schädlinge" bezeichnen.

Wir verurteilen die Einrichtung – auf Initiative eines Mitglieds der extremen Rechten – eines Spendentopfs zur Unterstützung des Polizisten, der Nahel getötet hat, und die Untätigkeit der Regierung, die damit Öl ins Feuer gießt.

Alles muss neu durchdacht und aufgebaut werden. Wir müssen von neuen Grundlagen ausgehen, breite Diskussionsräume schaffen und aus den Fehlern der öffentlichen Politik der letzten Jahrzehnte lernen, indem wir die Geschichten, Lebenswege, Kulturen und Einzigartigkeiten respektieren, aus denen sich unser kollektives Streben nach Gleichheit nährt. Es ist höchste Zeit, den Forderungen der Bewohnerinnen und Bewohner der Arbeiterviertel und insbesondere ihrer Jugend zuzuhören und sie zu berücksichtigen!

Die Situation erfordert, dass die Regierung ihre Verantwortung übernimmt und sofortige Antworten zur Überwindung der Konfrontation präsentiert:

- Aufhebung des Gesetzes von 2017 über die Lockerung der Regeln für den Schusswaffengebrauch durch die Ordnungskräfte ;
- grundlegende Reform der Polizei, ihrer Einsatztechniken und ihrer Bewaffnung;
- Ersetzung der IGPN durch eine von der Polizeihierarchie und der politischen Macht unabhängige Stelle;
- Schaffung einer eigenen Abteilung für Jugenddiskriminierungen innerhalb der Verwaltung, die unter dem Vorsitz des Beauftragten für Grundrechte steht, und die Stärkung der Mittel zur Bekämpfung von Rassismus, auch innerhalb der Polizei.

Es geht jedoch nichts ohne eine andere Verteilung des Wohlstands und ohne den Kampf gegen soziale Ungleichheiten. Nichts geht ohne den Kampf gegen Armut und Prekarität, die durch den Klimawandel, steigende Mieten und Abgaben noch verschärft werden, und ohne die Stärkung der öffentlichen Dienstleistungen und der Volksbildung. Diese Baustellen sollte die Regierung angehen, anstatt eine regressive öffentliche Politik zu betreiben, die den Boden für die extreme Rechte bereitet.

Unsere Gewerkschaften, Verbände, Initiativen, Komitees und politischen Parteien mobilisieren sich für die Aufrechterhaltung der öffentlichen und individuellen Freiheiten.

Kurzfristig rufen wir dazu auf, sich ab Mittwoch, den 5. Juli, allen Versammlungen und Märschen rund um diese Forderungen im ganzen Land anzuschließen, nach dem Beispiel des vom Komitee Wahrheit und Gerechtigkeit für Adama organisierten Marsches am 8. Juli in Beaumont-sur-Oise und des Marsches der Nationalen Koordination gegen Polizeigewalt am 15. Juli.

Wir rufen zu Demonstrationen der BürgerInnen am Samstag, den 8. Juli, in ganz Frankreich und den Überseegebieten auf.

Wir werden gemeinsam die Fortsetzung dieser Mobilisierungen aufbauen.

Unterschriften:

Gewerkschaften: CGT, CNT-Solidarité Ouvrière, Fédération Syndicale Étudiante (FSE), FSU, Solidaires Étudiant-e-s, Syndicat des Avocats de France, UNEF le syndicat étudiant Union, Syndicale Solidaires, Union Étudiante,

Verbände: 350.org, Adelphi'Cité, Amnesty International France, Alternatiba, Alternatiba Paris, Les Amis de la Terre France, ANV-COP 21, Attac France, Bagagérue, Conscience, Coudes à Coudes, DAL Droit au Logement, La Fabrique Décoloniale, FASTI (Fédération des Associations de Solidarité avec Tou-te-s les Immigrés-e-s), Fédération Nationale de la Libre Pensée, Fédération nationale des maisons des potes, Femmes Égalité, Fondation Copernic, Gisti (Groupe d'information et de soutien des immigré·es), Greenpeace France, Jeune Garde Antifasciste, LDH (Ligue des droits de l'Homme), Memorial 98, Observatoire nationale de l'extrême-droite, Organisation de Solidarité Trans (OST), Planning familial, Réseau d'Actions contre l'Antisémitisme et tous les racismes-RAAR, REVES Jeunes, SOS Racisme,

Initiativen: Alliances et Convergences, Assemblée des Gilets Jaunes de Lyon & Environs, Colère Légitime, Collectif civgTENON, Collectif des Écoles de Marseille (le CeM), Collectif national pour les Droits des Femmes, Collectif Nouvelle Vague, Collectif Vérité et Justice pour Safyatou, Salif et Ilan, Collective des mères isolées, Comité des Soulèvements de la Terre Sud-Essonne, Comité Local de Soutien aux Soulèvements de la Terre Aude, Comité Soulèvement Bas-Vivarais, Comité les Soulèvements de la Terre Lyon et environs, Comité local de soutien aux Soulèvements de la Terre Villefranche, Comité local de soutien aux Soulèvements de la Terre Romans-sur-Isère, Comité nîmois de soutien aux Soulèvements de la Terre, Comité de soutien à Moussé Blé, Comité justice et vérité pour Mahamadou, Comité Les Lichens Ardéchois, Comité Vérité et Justice pour Adama, Coordination des comités pour la défense des quartiers populaires, Démocra'psy, Dernière Rénovation, En Gare, Justice pour Othmane, La Révolution est en marche, La Terre se soulève en Corrèze, Le Peuple Uni, Les Soulèvements de la Terre - comité Île-de-France, Les Soulèvements de l'Entre2Mers (33), Lyon en lutte, Lyon Insurrection, Nîmes Révoltée, Réseau GBM, Rejoignons-nous, Collectif du 5 novembre - Noailles en colère (Marseille), Syndicat des quartiers populaires de Marseille, Collectif Justice pour Claude Jean-Pierre, Youth for Climate IDF,

Politische Organisationen: ENSEMBLE ! – Mouvement pour une Alternative de Gauche, Écologiste et Solidaire, Europe Écologie Les Verts (EELV), La France insoumise (LFI), Front Uni des Immigrations et des quartiers populaires (FUIQP), Gauche Écosocialiste (GES), Génération.s (G.s), Nouveau parti anticapitaliste (NPA), Parti Communiste des Ouvriers de France (PCOF), Parti de Gauche (PG), Pour une Écologie Populaire et Sociale (PEPS), Parti Ouvrier Indépendant (POI) Réseau Bastille, Révolution Écologique pour le Vivant (REV), Union communiste libertaire (UCL),

Quelle:

<https://france.attac.org/actus-et-medias/salle-de-presse/article/communiqué-unitaire-notre-pays-est-en-deuil-et-en-colere>